

Vergangenheit. *Michael Zürn* verbindet die Governanceperspektive im Rahmen von „denationalisierter Staatlichkeit“ mit der Problematik der Erzeugung von Legitimitätsglauben, der wiederum für die „dauerhafte Etablierung von Autoritätsbeziehungen“ wichtig sei. Hierbei komme wirksamen politischen Narrativen eine erhebliche Bedeutung zu. Diese Narrative fehlten aber als Basis für denationalisierte Staatlichkeit (148). Während letztere „realweltliche Defizite“ aufweise, „weil sie einige der Leistungen, die der demokratische Wohlfahrts- und Rechtsstaat in seiner höchsten Entwicklungsstufe erbracht hat, nur noch unzureichend gewährleisten kann“, berufe sich die Gegenerzählung des autoritären Populismus auf „regressive Staatserzählungen“ (155). Schupperts Begriff der Resilienz (hier nationaler Souveränität) greift Zürn nicht auf, obwohl es sich in diesem Zusammenhang angeboten hätte. Auch Bieling & Große Hüttmann kommen zu dem Schluss, dass trotz der erheblichen Integrationserfolge innerhalb der EU „der Aufbau der europäischen Staatlichkeit nur schwach und prekär durch Prozesse einer europäischen Identitätsbildung politisch-kulturell unterfüttert“ werde (141).

Das Buch enthält viele interessante Einsichten, insbesondere durch eine Dekonstruktion des Staatsbegriffes, die vor allem auf einer Verknüpfung der Weber'schen Herrschaftssoziologie des Staates mit Foucault und neueren konstruktivistischen Ansätzen beruht. Ihnen fehlen allerdings die Zusammenfassung und damit auch klare Bezüge zu Schupperts konzeptionellem Artikel.

Wolfgang Hein

<https://doi.org/10.3224/peripherie.v40i3-4.21>

Christoph Hartmann & Nele Noesselt (Hg.): *China's New Role in African Politics. From Non-Intervention towards Stabilization?* Abingdon: Routledge 2020, 244 Seiten (<https://doi.org/10.4324/9780429422393>)

Aus der Sicht des Präsidenten der Volksrepublik China, Xi Jinping, gilt Afrika als Kontinent der Hoffnung und Versprechen. Die Afrikastrategien der chinesischen Regierung von 2006 und 2015 sowie ihre Beziehungen zu zahlreichen Ländern des Erdteils und zur Afrikanischen Union (AU) sind in größere politische Zusammenhänge einzuordnen. „Wohlstand für alle“ lautet das erklärte Ziel Pekings, gemeint ist damit die eigene Bevölkerung. Xi Jinping will aber auch die Entwicklung Afrikas im Sinne der AU-Agenda 2063 fördern und durch die Zusammenarbeit der BRICS-Länder (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) neue Süd-Süd-Entwicklungsmodelle schaffen. So setzte sich Peking dafür ein, dass Südafrika 2010 Mitglied der BRICS wurde. Gleichzeitig tritt die Volksrepublik China auf internationaler Ebene auch als Vertreterin der Länder des Südens auf, wobei sie afrikanische Staaten zumeist als zu entwickelnde Länder konzeptionalisiert. Diese Rollenvielfalt und damit verbundene Spannungsbögen, die durch unterschiedliche AkteurInnen und Akteurskonstellationen auf dem afrikanischen Kontinent mitgeprägt werden, untersucht der vorliegende Sammelband im Detail.

Herausgeber *Christoph Hartmann* und Herausgeberin *Nele Noesselt*, die beide am Institut für Politikwissenschaften der Universität Duisburg-Essen lehren, tragen

zum Buch nicht nur die Einleitung und das Schlusskapitel bei, sondern auch jeweils einen Artikel aus der Sicht der Afrikawissenschaften (*Hartmann*) und der Ostasienforschung (*Noesselt*). Insgesamt enthält die Publikation fünfzehn Aufsätze von europäischen, afrikanischen und chinesischen AutorInnen. Während der erste Teil mit fünf Artikeln grundlegende Muster, Diskurse und Praktiken analysiert, stellt der zweite Teil Fallstudien aus West- und Ost- sowie dem südlichen Afrika vor. Konkret analysieren sie die länderspezifische Interessenpolitik Pekings und deren Bedeutung für die Regierungen von Sierra Leone, Nigeria, Äthiopien, Ruanda, Südsudan, Sambia, Simbabwe und Angola. Konzeptionell bietet das Buch ebenfalls innovative Annäherungen, denn es betrachtet afrikanische Regierende explizit als AkteurInnen. Damit wird es seinem Anspruch gerecht, multiperspektivisch aktuelle Entwicklungen in der neuen politischen Bedeutung Chinas auf dem Erdteil zu erfassen.

Aus beiden Teilen des Sammelbands stellt diese Rezension nun Aufsätze vor, die das facettenreiche Spektrum unterschiedlicher Betrachtungsebenen und Schwerpunkte exemplarisch veranschaulichen. Im ersten Teil wird deutlich, wie komplex wirtschaftliche und sicherheitspolitische Aspekte verbunden sind: Chinas ökonomischen Interessen auf dem afrikanischen Kontinent insgesamt und in einzelnen Ländern, insbesondere sein Bedarf an Rohstoffen und die gezielte Suche nach Absatzmärkten, sind nicht zu trennen von der konkreten Sicherheitslage und der Stabilität des jeweiligen politischen Systems. Darauf reagierte Peking mit seiner Ausrichtung auf die AU und der Unterstützung von AU-Friedensmissionen, wie *Georg Lammich* überzeugend erklärt. Er zieht einen zeitlichen Längsschnitt und zeigt, wie die chinesische Regierung, die über Jahrzehnte vor allem bilaterale Kontakte mit Regierungen in Afrika pflegte, ab 2006 multilaterale Beziehungen mit der 2002 gegründeten AU aufbaute und fortwährend aktiv intensivierte. Symbolreich war der Bau und die Finanzierung einer neuen AU-Zentrale in Addis Abeba, die 2012 eröffnet wurde. Lammich konzentriert sich auf die Schwerpunkte des chinesischen Interesses bezogen auf die AU: Sicherheit und Stabilität in Verbindung mit Entwicklung und regionaler Integration. Systematisch wertet er Pekings Afrikastrategien sowie die Aktionspläne und Deklarationen des *Forum on China Africa Cooperation* über etliche Jahre aus. 2015 ging es beispielsweise um die Modernisierung der Landwirtschaft und die Industrialisierung, Bezugspunkte waren sowohl die AU-Agenda 2063 als auch die *Belt and Road Initiative*, auch als Neue Seidenstraße bekannt. Wie Lammich erklärt, hat die Volksrepublik hier eine Sicherheitsdimension integriert: Die AU soll für Frieden und Stabilität sorgen, denn der Kampf gegen Piraterie und Terrorismus hat auch für deren Investitionsprojekte und Entwicklungsziele an Bedeutung gewonnen. Dementsprechend will sie die Regionalorganisation unterstützen. Die Regierung in Peking beteiligte sich finanziell und personell an mehreren AU-Friedensmissionen und bildete afrikanische Soldaten für solche Einsätze aus. Inzwischen institutionalisiert sie auch die Zusammenarbeit mit der AU und mit afrikanischen Regierungen im Bereich Sicherheit und Verteidigung. Für die AU sind solche Kooperationen praktisch, um ihren Einfluss auf dem Kontinent auszuweiten und sich auch außenpolitisch als dessen Repräsentant zu etablieren.

Im zweiten Teil des Buches veranschaulicht *Chung Zang* Chinas Bezugnahme auf die Friedenssicherung durch die AU sowie die Verbindung von Sicherheits- und Wirtschaftspolitik am Beispiel des Südsudans. Dazu nutzt er das Konzept des Entwicklungsfriedens zur Erklärung. In diesem Zusammenhang geht er auf normative und historische Grundlagen ein. Er dokumentiert faktenreich die Wirtschaftsinteressen Chinas an der Ölproduktion im Sudan vor der Unabhängigkeit des Südsudans 2011. Detailliert erläutert der Autor die Sicherheitsproblematik durch den langjährigen Krieg zwischen dem Sudan und dem Südsudan. Zudem thematisiert er den Konflikt in Darfur und die westliche Kritik am Regime in Khartoum. Zang beschreibt, wie die chinesische Regierung direkt beschuldigt wurde, die sudanesischen Regierung zu unterstützen, und sie im Vorfeld der Olympischen Spiele 2008 in Peking ihre Haltung gegenüber dem damaligen Machthaber al-Bashir änderte. Sie bot sich als Vermittler zwischen diesem und dem Westen an und unterstützte die AU-Friedenskräfte.

Für die Einhaltung des Friedensabkommens zwischen Sudan und Südsudan setzte sich die chinesische Regierung noch aktiver ein; während des Unabhängigkeitsreferendums entsandte sie eine Beobachtergruppe, die sich mit Beobachtern der AU, der Arabischen Liga und der UN austauschte. Bereits 2008 hatte sie in Juba, der Hauptstadt des Südsudans, ein Konsulat eröffnet; etliche chinesische Firmen gründeten dort Niederlassungen. Zang analysiert akribisch, wie der langjährige Bürgerkrieg im Südsudan ab 2013 die Regierung in Peking veranlasste, als Konfliktmediator im Austausch mit der *Intergovernmental Authority on Development*, einer regionalen Entwicklungsorganisation nordostafrikanischer Staaten, zu wirken und dabei ein neues, eigenes Profil zu erarbeiten, indem beispielsweise Entwicklungsaktivitäten nicht unterbrochen wurden, was auch den Wiederaufbau in der Nachkriegszeit beschleunigen sollte.

Basierend auf diesen empirischen Befunden reflektiert Zang über das Konzept des Entwicklungsfriedens und darüber, wie es von verschiedenen chinesischen Wissenschaftlern verstanden wird. Dabei skizziert er seine eigene Interpretation unter Bezug auf die jüngere Geschichte Chinas. Danach ist Entwicklung die zentrale Voraussetzung für Frieden und Sicherheit. Einem Praxistest seiner konzeptionellen Überlegungen in Afrika stünden aber vielschichtige nationale und internationale Beschränkungen entgegen, die er entsprechend benennt.

Der Wahrnehmung von China als Friedensstifter in Afrika stellt der simbabwische Politikwissenschaftler *Lloyd Sachikonye* Waffen- und Rüstungsexporte des Landes entgegen. Am Beispiel des autokratischen Mugabe-Regimes veranschaulicht er, wie dessen Repressionsmaschinerie von China mit Kampffjets, Militärfahrzeugen, Raketen, Maschinengewehren und Radarsystemen bestückt wurde und eine neue Militärakademie erhielt. Doch der Autor nimmt nicht nur die simbabwische Regierung und deren Machtapparat, sondern auch zivilgesellschaftliche Akteursgruppen in den Blick. So stellt er südafrikanische Hafenarbeiter in Durban vor, die sich im April 2008 aus Solidarität mit den verfolgten Oppositionellen in Simbabwe weigerten, einen chinesischen Frachter mit über drei Millionen Schuss Munition für Maschinengewehre und zahlreichen Waffen zu entladen. Das „Schiff der Schande“ mitsamt seiner tödlichen Lieferung aus der Rüstungsindustrie Chinas musste weiterfahren.

Offen bleibt, inwieweit die Ladung schließlich in der Republik Kongo gelöscht und per Flugzeug nach Simbabwe transportiert wurde oder ob das Schiff erfolglos nach China zurückkehrte, weil die dortige Regierung um ihr internationales Ansehen im Vorfeld der Olympischen Spiele 2008 fürchtete.

Neben Waffen stellte Peking der Mugabe-Regierung auch Kredite zur Verfügung. Nachdem die Volksrepublik in den 1970er Jahren den Unabhängigkeitskampf unterstützt hatte, bat Robert Mugabe sie unter dem Slogan „Look East“ um Hilfe, als internationale Geber und die frühere Kolonialmacht Großbritannien nach den unrechtmäßigen Farmenteignungen, schweren Menschenrechtsverletzungen und Unregelmäßigkeiten bei Wahlen den Geldhahn zugezogen und Sanktionen verhängt hatten. China sorgte sich um die Stabilität in Simbabwe und um seine Investitionen beispielsweise in dortige Minen, zumal die Mugabe-Regierung von massiven Fraktionskämpfen erschüttert wurde.

Sachikonye dokumentiert die chinesischen Investitionen detailliert für den Zeitraum zwischen 2000 und 2018, also vom Beginn der von den gewaltsamen Farmbesetzungen ausgelösten Wirtschaftskrise bis zur Abdankung Mugabes Ende November 2017, auf die das Militär hingewirkt hatte. Er listet auch die massive Staatsverschuldung Simbabwes und die Korruption sowie die mangelnde Zurückzahlung von Krediten als Probleme auf, mit denen sich die Regierung in Peking auseinandersetzen musste. Dabei schließt er nicht aus, dass diese Probleme zur Zurückhaltung bei zukünftiger Kreditvergabe an die seit Ende 2017 amtierende Regierung unter Präsident Emmerson Mnangagwa führen könnten.

Wenn es um Fragen der Machtstabilisierung geht, ist noch eine weitere Dimension wichtig: die Gesichtserkennung. Denn Simbabwe ist ein Testfeld für die in China entwickelte *Cloudwalk*-Technologie. Diese erfasst und vermisst SimbabwerInnen, die sich im öffentlichen Raum bewegen, wie Sachikonyes Beitrag veranschaulicht. Da sie Schwarze Menschen aber bislang nur unzureichend erkennt, soll sie für ihren Zweck passgenau überarbeitet werden. Davon verspricht sich die chinesische Regierung wirtschaftliche Vorteile – auch in anderen afrikanischen Ländern. Zugleich könnte der Einsatz der Technologie das autoritäre Machtgebaren der simbabwischen Regierung gegen die eigenen StaatsbürgerInnen verstärken. Die Brutalität, mit der Polizei und Militär nach den Wahlen 2018 und bei Protesten Anfang 2019 gegen DemonstrantInnen vorgehen, zeigt, wie nach Mugabes Rücktritt auch die Mnangagwa-Regierung auf zivilgesellschaftliche Kritik reagiert. Derweil scheint die chinesische Regierung zu beobachten, ob die Strategie der Repression vor dem Hintergrund neuer Fraktionskämpfe Stabilität schaffen wird.

Die hier vorgestellten Beispiele illustrieren, dass der Sammelband in jeder Hinsicht die komplexe Thematik multiperspektivisch betrachtet. Denn während einige AutorInnen gut begründet Macht- und Herrschaftskritik üben, enthalten sich andere derartiger Stellungnahmen. Auch dadurch wird diese Aufsatzsammlung in ihrer Gesamtheit lesenswert und erkenntnisreich.

Rita Schäfer

<https://doi.org/10.3224/peripherie.v40i3-4.22>